

Sozialliberalismus und grüne Politik – Kritikpotenziale, Komplizitäten und Perspektiven

Frieder Otto Wolf

Eine produktive Diskussion des Verhältnisses von Sozialliberalismus und grüner Politik verweist auf die Ebene einer relativ abstrakten Debatte um Gesellschaftsvorstellungen und Politikkonzepte, bedarf aber zugleich der historischen Verankerung in Bezug auf den Aufstieg und die Krise des Fordismus. Dieser ist als ein spezifisches, von der kapitalistischen Produktionsweise beherrschtes Entwicklungsmodell der modernen Gesellschaft zu begreifen, das der historischen Vergangenheit angehört. Andererseits sind die neueren Entwicklungen seit den 1990er Jahren aufzunehmen, in denen sich eine neue historische Lage durchgesetzt hat. Deren politisch wichtigster Zug liegt darin, dass sich in ihr womöglich ein neues Entwicklungsmodell konstituiert, das – um die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise perpetuieren zu können – ganz explizit wiederum¹ diejenigen Grundlinien der modernen Gesellschaftsentwicklungen abzubrechen versucht, die das Versprechen von Freiheit, Gleichheit, Wohlstand und Glück für alle zum Inhalt haben – mit anderen Worten jegliche Hoffnung auf Emanzipation.

1. Fordismus, Sozialliberalismus, grüne Politik

Ich lege ein etwas umfassenderes Verständnis dieses Entwicklungsmodells des Fordismus zugrunde, als dies üblich ist: Zu den üblichen Dimensionen der tayloristischen Massenproduktion (bzw. einer Durchrationalisierung vor- und nachgelagerter Bereiche²), der Anerkennung der abhängig Arbeitenden als KonsumentInnen (d.h. insbesondere als BezieherInnen eines entsprechenden Entgeltes und als AdressatInnen einkommensstabilisierender sozialstaatlicher Maßnahmen) bis hin zu einer von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat betriebenen Einkommenspolitik, sowie der makroökonomischen Globalsteuerung im ›magischen Viereck³ möchte ich noch drei weitere Dimensionen betonen: die erfolgreiche Externalisierung von Umweltbelastungs- und Ressourcenbeschaffungskosten, die Restabilisierung und erfolgreiche Ausbeutung einer geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen, vor allem in Zusammenhang mit der ›lohnabhängigen Kleinfamilie‹ und die Aufrechterhaltung eigener relativer Hegemonialpositionen in einem weltweiten System von Machtbeziehungen über die Gegensätze zwischen Ost und West (›Kalter Krieg‹) oder Nord und Süd hinweg. Vor allem wichtig erscheint mir aber der Hinweis darauf, dass die Konstellation des Fordismus als epochenbestimmendes Entwicklungsmodell weder als widerspruchsfrei noch als übermäßig stabil zu denken ist – sie transformierte nur ele-

mentarere Widersprüche in labile Kompromissgleichgewichte, die dann für eine im Rückblick durchaus überschaubare Zeit von etwa anderthalb Jahrzehnten (1950–1965) aufrechtzuerhalten waren. Genau dies konnte aber nicht im Voraus gewusst werden, es war ein Gelingen, in dem sich Kontingenz und politische Kompetenz der beteiligten Akteure durchdrangen und jedenfalls alles andere als eine »pure Sachgesetzlichkeit« zum Ausdruck kam.

Von hier aus kann ich den seit den 1960er Jahren auftretenden⁴ »Sozialliberalismus« als eben diejenige Strömung bestimmen, die davon ausging, dass bei geschickter Handhabung der verfügbaren Stellschrauben innerhalb des fordistischen Entwicklungsmodells ein erfolgreiches Navigieren zwischen allen äußeren Klippen (etwa der Außenhandelsverhältnisse oder der Konfigurationen der Klassenkämpfe) hindurch und über alle inneren Stromschnellen (etwa des ökonomischen Konjunkturzyklus) hinweg möglich sein würde, ohne sich den elementarerem Widersprüchen zu stellen.⁵ Diese Strömung lässt sich vom älteren Ordoliberalismus, dem noch Ludwig Erhard angehörte, dadurch abgrenzen, dass dieser einfach die elementarerem Widersprüche als solche leugnete und daher auch nicht an ihren fordistischen Bewältigungsmustern interessiert war. Auch der neuere Neoliberalismus, dessen Differenz zum Ordoliberalismus vor allem darin besteht, dass für ihn so etwas wie ein kapitalistisch beherrschter Normalzustand keinen selbstverständlichen Ausgangspunkt mehr bildet, sondern vielmehr einen überhaupt erst in voller Breite und Tiefe, d. h. für alle Prozesse der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion, durchzusetzenden Zielzustand⁶, lässt sich durch sein Desinteresse an den Problemebenen und Instrumenten fordistischer Politik klar absetzen, wie sie für den »Sozialliberalismus« wirklich interessant sind.

Idealtypisch lässt sich die Kritik an diesem Sozialliberalismus dem gemäß genau dadurch aufgliedern, welche der von ihm marginalisierten elementarerem Widersprüche in typischen Kritikmustern im Vordergrund stehen: die Auswirkungen des Wirtschaftswachstums auf den Ressourcenverbrauch und die Tragfähigkeit ökologischer Systeme (ökologische Kritik), die Reproduktion der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, insbesondere auch der asymmetrischen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, durch die fordistischen Arrangements des Familienernährer-Lohnes und der lohnabhängigen Kleinfamilie (feministische Kritik), die Vernichtung und Verengung individueller Handlungsspielräume im Zuge von Rationalisierung und Konformisierung durch fordistische Modelle der Arbeitsorganisation und des Massenkonsums (antiautoritäre Kritik), die Reproduktion internationaler Abhängigkeitsverhältnisse, welche den abhängigen Volkswirtschaften keine Chancen für eine aufholende Entwicklung mehr einräumten, und schließlich die einschichtige Verteilung gesellschaftlicher und staatlicher Macht, zugunsten der Kapitalbesitzer und den ihnen nahestehenden politischen Kräften.

Eine der wichtigeren politischen Schwierigkeiten im Umgang mit diesem Sozialliberalismus liegt immer wieder darin, dass derartige kritische Befunde und Forderungen auch erarbeitet – bzw. zum Teil schlicht entsprechend umfunktioniert worden sind –, um die neoliberalen Angriffe auf den Fordismus zu munitieren.⁷ Dieser neuere Sozialliberalismus⁸ hat mit der Krise und dem Ende des Fordismus⁹ seine Grundlage verloren.

Das stellt gerade grüne Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vor grundlegende

konzeptionelle Probleme. Denn diese war auf drei Wegen auf die Kritik genau des exponentiellen Wachstums ausgerichtet, wie es dem Fordismus als entscheidende politische Ressource zugrunde lag. Denn exponentielles Wirtschaftswachstum war nicht nur die implizite Funktionsbedingung der keynesianischen Globalsteuerung, also des Kernkompromisses zwischen Kapital und Arbeit im Fordismus, durch den sowohl eine beständig sich ausweitende Kapitalakkumulation als auch ein beständig zunehmender relativer Wohlstand der abhängigen Arbeit erreicht werden konnte. Das schloss schon bald das Problem ein, dass in den Bereichen des kollektiven Konsums (insbesondere der allgemeinen und der ›Volksbildung‹) und der öffentlichen, privaten oder gemischten Sicherung der abhängigen Arbeit gegen die wichtigsten mit ihr systemisch verknüpften Risiken (Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit aufgrund von Krankheit, Unfällen o.ä., Bedarf nach medizinischer Versorgung und Pflege, Bedarf nach Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Abwehr von Dequalifikation) nach Deckung des elementaren Grundbedarfs sich die Probleme von Qualitätssicherung, Vermeidung von Bürokratisierung und Entstehung weitgehend selbstgesteuerter Subsysteme (›medizinisch-technologischer Komplex‹) nur im Kontext eines anhaltend stark wachsenden BIP lösbar blieben. Ein exponentielles Wirtschaftswachstum bildete dauerhaft auch die Grundlage des Geschlechterkompromisses, der von der fordistischen Figur der ›modernen Hausfrau‹ verkörpert wurde: Nur unter der Bedingung dauerhaften Wirtschaftswachstums konnte diese eine technologisch gestützte Erleichterung der unbezahlten Hausarbeit innerhalb der vom ›sozialen Wohnungsbau‹ zur Verfügung gestellten Familienwohnung, die Entwicklung einer gewissen gemeinsamen Freizeit (mit Urlaub und Wochenende) innerhalb der lohnabhängigen Kleinfamilie¹⁰ und ein gewisses Maß an ›Zuverdienstmöglichkeiten‹ als Gegenleistung dafür erwarten, dass sie sich weiterhin in die bestehende geschlechtshierarchische Arbeitsteilung einfügte. Aufgrund der faktischen Verwirklichung keynesianischer Wirtschaftspolitik vor allem in Gestalt eines ›Militärkeynesianismus‹, der eng mit dem Rüstungswettlauf des Kalten Krieges verbunden war¹¹, stand die Grundbedingung des ›ungestörten Wirtschaftswachstum‹ noch auf eine dritte Weise im Zentrum der gesamten Konstruktion des Entwicklungsmodells: Nur bei exponentiell wachsendem BIP konnte gehofft werden, auch nur mittelfristig zu verkräften, dass beständig ein relevanter Bestandteil des erwirtschafteten Gesamtwerts für derartig ›unproduktive‹ Staatsausgaben abgezweigt wurde.

Die grüne Kritik am exponentiellen Wirtschaftswachstum traf also keineswegs eine marginale Problematik des fordistischen Entwicklungsmodells. Auch wenn sie in der öffentlichen Debatte zunächst von den unmittelbaren Folgeproblemen ausging, die durch ›Umweltverschmutzung‹ infolge eines unkontrollierten Wirtschaftswachstums ausgelöst wurden, wie etwa in Rachel Carsons Welterfolg ›The Silent Spring‹ (1962) und dann von der Debatte über die von den endlich vorhandenen Ressourcen gesetzten Grenzen eines als unendlich angelegten Wirtschaftswachstums (Meadows u. a. 1972), lag es doch nahe, diese – in einer sich entwickelnden theoretischen politischen Ökologie¹² – Probleme ganz grundsätzlich auf das Verhältnis von begrenzter ökologischer Tragfähigkeit zu den exponentiell wachsenden materiellen bzw. energetischen Inputs, Outputs und Throughputs zu beziehen (Martinez Alier 1987, Altvater 1992). Darüber hinaus fiel es in den Bewegungsdebatten der 1970er Jahre, die von unterschiedlichen Krisensymptomen

des Fordismus ausgingen, rasch auf, dass eine radikal zu Ende gedachte Kritik des ökonomischen Wachstums gut dazu geeignet war, die innere Verbundenheit der Probleme aufzuzeigen: wie die durch die vorherrschenden, für allein »normal« erklärten Muster des Massenkonsums erreichbare »Qualität des Lebens«¹³, die »Repressivität« der patriarchalisch geprägten lohnabhängigen Kleinfamilie¹⁴, die Gefährdung der Lebensgrundlagen durch exponentiell zunehmenden Verbrauch an Energie, vor allem an Elektrizität, den dann ein hemmungsloser Wettlauf um den Besitz der vermuteten Reserven an fossilen Energieträgern bzw. die weitere Ignorierung der Gefährdungen durch die »friedliche Nutzung der Atomenergie« ermöglichen sollte, den »Autoritarismus« der fordistischen Fabrikdisziplin, in der das beständige Streben nach einer immer vollständigeren Ausnutzung der Arbeitskraft mit den gleichzeitigen unermüdlich vorgenommenen technologischen und organisatorischen Innovationen nur bei einer beständigen Ausdehnung der Produktion zusammengebracht werden konnte oder der Rüstungswettlauf der Supermächte, mit seinen schon in Friedenszeiten zunehmenden humanen und ökologischen Folgekosten.

Diese Art von Wachstumskritik bot zugleich drei wichtige strategische Vorteile: Sie machte es möglich, den real existierenden Kapitalismus in seinem Akkumulationstrieb zu kritisieren, ohne sich mit einem bereits moribunden »real existierenden Sozialismus« einzulassen; sie konnte darüber hinaus wichtige Gedankenbestände der klassischen politischen Ökonomie aktualisieren, die seit der neoklassischen Entpolitisierung der Wirtschaftstheorie verdrängt worden waren – von John Stuart Mills Überlegungen über eine »steady-state«-Ökonomie, über die Proportionalitätstheoreme eines Malthus und die Reproduktionsbetrachtung eines Quesnay bis hin zu aristotelischen und kameralistischen »Ökonomien des Ganzen Hauses«; sie war schließlich dazu in der Lage, eine Vielzahl einfacher und praktischer Vorschläge zu generieren, mit denen zentrale Kategorien wie eine qualitative statt einer bloß quantitativen Betrachtung, der Selbstbeschränkung oder der Verantwortlichkeit in alltagspolitisch relevante Forderungen und in Initiativen, bei sich selbst mit dem notwendigen großen Übergang anzufangen, umgesetzt werden konnten. Allerdings hatten diese strategischen Vorteile durchaus auch ihre Tücken: Sie erschwerten auch dann noch die Kooperation mit sozialdemokratischen und kommunistischen Kräften, wo dies aufgrund der politischen Konstellation in einem Land erforderlich wurde; sie öffneten die grüne Grundsatzdebatte für das Ungedachte eben dieser theoretischen Ansätze, auf die zurückgegriffen wurde, und bestärkten damit spontane Tendenzen eines »juste milieu«, einer »selbstzufriedenen Mitte«, der jüngeren Generation, die Probleme vor allem bei den »Massen« zu suchen, bei den »Massen« der KonsumentInnen, bei den Arbeitermassen, bei den »Massen« der Armen und der armen Völker. Diese Tendenzen wurden überall dort gut gebändigt, wo grüne Politikkonzepte im Kontext sozialer Bewegungen entstanden. Wo traditionslose Intellektuelle aus der Mittelschicht die Aufgabe ihrer Artikulation relativ allein zu bewältigen versuchten, hatten dagegen auch rechte Konzepte, mit einer praktischen Wachstumskritik auf die Repression solcher Massen zu bauen, einigen Erfolg.¹⁵ Dennoch blieben die im Kontext der sozialen Bewegungen entstandenen Konzepte für die sich herausbildende grüne Politik bestimmend, allen Unkenrufen der traditionellen Linken zum Trotz. Damit bildete sich eine linke, vor allem radikaldemokratisch argumentierende Alternative zum For-

dismus heraus, die dann Ende der 1980er Jahre einen wesentlichen Beitrag dazu leistete, dass sich im späten Fordismus in führenden Ländern noch einmal eine Reformalternative herausbilden konnte.

2. Grüne Wachstumskritik und Sozialstaat

Grüne Konzepte zum Umbau des Sozialstaates unterschieden sich von den Konzepten der fordistischen Linken vor allem dadurch, dass sie Gesichtspunkte in die Debatte einführten und in ihren konkreten Vorschlägen berücksichtigten, die bis dahin keine Rolle gespielt hatten: Dabei ging es – im Anschluss an ökologische, feministische und libertäre Kritiken an den indirekten Folgen des fordistischen Sozialstaates – vor allem

- um eine Berücksichtigung der ökologischen Auswirkungen des vom fordistischen Sozialstaat (durch Einkommensversteigerung der breiten lohnabhängigen Massen) stabilisierten und (durch Ausdehnung der gesamten Konsum- und Investitionsfonds der jeweiligen Gesellschaften) verstärkten Wachstums des BIP,
- um eine bewussteren Anlage der geschlechtsspezifischen Auswirkungen seiner Regelungen: Ernährerlohn/Hausfrauenehe, Bezug auf ein männlich geprägtes Modell von ›Normalarbeit/Ausschluss bzw. Diskriminierung von Frauen mit ›abweichenden‹ Erwerbsverläufen,
- um eine kritische Auseinandersetzung mit der konformistischen Kultur des ›Normalismus‹ (Jürgen Link), welche in den bürokratischen Regelungen der nationalstaatlich verfassten Sozialstaaten jeweils kodifiziert war und entsprechend diskriminierend gegenüber jedem ›Eigensinn‹ von Gruppen oder Individuen umgesetzt wurde.

Zugleich wurde aber auch rasch klar, dass eine derartige Gesellschaftspolitik ohne eine aktive Unterstützung durch die bisherigen Träger der fordistischen Politik, d.h. vor allem die Gewerkschaften und ihre Mitglieder, nicht durchzusetzen sein würde – so dass es offenbar entscheidend war, wie es gelingen konnte, diese spezifischen Vorschläge als Dimensionen einer Erneuerung des Sozialstaates zu entwickeln, die auch für dessen bisherige Träger nachvollziehbar sinnvoll sind – ihnen eine bessere ›Qualität des Lebens‹, menschlichere Geschlechterverhältnisse und vor allem auch mehr Demokratie anbieten können.

Politische Forderungen und Reformkonstellationen sind selten ohne Ambivalenzen. Die um die Wachstumskritik gruppierten oppositionellen Ansätze der Grünen gegenüber dem Fordismus erwiesen sich zwar nicht – wie zunächst von vielen Linken befürchtet – in der Weise als ambivalent, dass sie einer faschistoid und irrationalistischen Kritik an Moderne und Aufklärung erlegen wären¹⁶. Sondern in der viel weniger erwarteten Weise, dass sie immer auch zu einer im eigentlichen Sinne ›sozialliberalen‹ Konzeption offen und mit ihr kompatibel blieb, welche aus der Perspektive relativ gut situerter Mittelschichten einerseits den Veränderungsbedarf auf eine Reihe von ›intelligenten‹ sozial- und vor allem finanztechnischen Maßnahmen zu reduzieren versuchte und andererseits die ›Massen‹, ihre ›materialistische‹ Gier und ihren ›kulturindustriell‹ produzierten Unverstand, für das eigentliche Problem hielten. In dem Maße, wie für grüne Politik – und zwar erst nach dem historischen Verschwinden der Reformalternative der späten 1980er Jahre – Regierungskoalitionen mit sozialdemokratischen Parteien in Reichweite kamen

oder erreicht wurden (u.a. in Finnland, Belgien, Frankreich, Italien und Deutschland) bot sich daher für einen grünen Machtpragmatismus eine enge politische Partnerschaft mit dem ebenfalls »sozialliberalen« machtpragmatischen Flügel der Sozialdemokratie an, dem er sich vor allem dadurch empfehlen konnte, dass er sich der radikalen Impulse grüner Politik zugunsten einer derartigen sozialliberalen Selbstbeschränkung seit den 1980er Jahren erfolgreich entledigt hatte¹⁷. Diese Art von grüner Politik hatte dann der Sozialdemokratie nur noch eine noch weit geschmeidigere und rücksichtslosere Aufnahme der neoliberalen Agenda in ökologisch eingefärbtem sozialliberalen Gewande entgegenzubringen.

3. Die neoliberale Offensive als »paradoxe Wunscherfüllung« der in der Krise des Fordismus kämpfenden Kräfte¹⁸

An dieser Stelle interessiert es nicht so sehr, die Konjunkturen grüner Gesellschaftspolitik vor allem in den westeuropäischen Sozialstaaten nachzuvollziehen, wie sie sich nicht nur aus der »schiefen Bahn« zum Sozialliberalismus ergeben haben, auf der sich viele Grüne immer wieder sehr rasch befunden haben, sondern vor allem auch aus der Suche nach einer hegemoniefähigen Verknüpfung zwischen den neuen Sensibilitäten und Bedürfnissen einerseits und einer Befriedigung des fortbestehenden Bedarfs an Absicherung wesentlicher Risiken der abhängigen Arbeit.¹⁹

Ich werde mich daher darauf konzentrieren, die Umschlagpunkte herauszuarbeiten, an denen es in der erfolgreichen Offensive der neoliberalen Sozialstaatsfeinde (vgl. grundsätzlich Schui/Blankenburg 2002, 115) historisch offenbar möglich geworden ist, eine wirksame Verknüpfung der alten mit den neuen Forderungsstrukturen zu verhindern – indem den wichtigsten Trägern beider eine glaubwürdige, wenn auch paradoxe Wunscherfüllung angeboten wurde: Den Vertretern der »alten« Hoffnungen auf Wachstum und Umverteilung die Perspektive auf einen »nationalen Wettbewerbsstaat«²⁰ bzw. auf eine »Teilhabe« am Unternehmen, die auch bei stagnierendem gesamtwirtschaftlichem Wachstum auf Seiten der »Gewinner« für immer weiter schrumpfende Kategorien von NachfolgerInnen alter fordistischer Kernstrukturen²¹ – und indirekt sogar den Vertretern eines »fordistischen Radikalismus«²², die in jeder Runde ihrer verlorenen Abwehrkämpfe aus der zunehmenden Polarisierung der sozialen Verhältnisse, wie sie die neoliberale Gegenrevolution ganz bewusst betreibt, neue Hoffnungen schöpft.

Die von den sozialen Bewegungen erfassten Individuen werden dagegen von einer ganzen Reihe von spezifischen Versprechungen der neoliberalen Offensive gezielt angesprochen, welche ihren emanzipatorischen Sinn geradezu in ihr Gegenteil verkehren. Inzwischen wird dies aber auch innerhalb dieser sozialen Bewegungen klar begriffen²³:

a. ÖkologInnen wird versprochen, wenn erst einmal »die Preise die Wahrheit sagen« würden, dann würde der Marktmechanismus, ganz ohne politische Eingriffe und bürokratische Regulierungen, von selber auch in ökologischer Hinsicht für eine optimale Allokation der Ressourcen sorgen. Insbesondere diejenigen, welche sich keine Gedanken darüber gemacht haben, was ökonomische »In-Wertsetzung« (vgl. Altvater 1987) und eine sich daraus ergebende Totalisierung der

Warenform (vgl. Heinrich 2000) für eine politische Ökologie der Menschheit (vgl. Lipietz 2000) bedeuten würden, konnten aufgrund dieses Versprechens in der ›Ökosteuern‹ geradezu ein Wundermittel erblicken – zumal sich dieser Gedanke mit der von der neoliberalen Sozialstaatskritik popularisierten Vorstellung verbinden ließ, die Sozialabgaben stellen eine ›künstliche‹ Erhöhung der Reallöhne dar, deren Höhe wiederum als wesentlicher Grund der anhaltenden Massenerwerbslosigkeit behauptet wurde.²⁴ So könnte mit einem Schlage eine Umsteuerung des fordistischen Konsummodells und eine Umsteuerung der Investitionen erreicht werden, ohne sich weiterhin mit politischen Auseinandersetzungen und sozialen Interessen herumschlagen zu müssen. Leider war dieses – insbesondere für eher unpolitische ÖkologInnen aus der Mittelschicht attraktive – Modell vollständig illusionär: Der bloße Gedanke an eine vollständige Internalisierung aller ökologischen Folgekosten scheitert bereits an der qualitativen Grenze unseres Wissens über solche Folgewirkungen (etwa in Bezug auf die Verbreitung genetischer Modifikationen in der freien Wildbahn), aber auch der ebenso unübersteigbaren qualitativen Grenze, dass wir nicht in der Lage sind, alles monetär zu bewerten, insbesondere die Biodiversität als solche und so etwas wie Naturschönheit, was aber beides ökologisch offensichtlich von einiger Bedeutung ist. In einer – als solche schon etwas hemdsärmelig pragmatischen – praktischen Umsetzung bricht es sich offenbar daran, dass unter diesem Gesichtspunkt adäquate Preise – etwa die berühmten 5 DM pro Liter Benzin – nur um den sozialen Preis durchsetzbar wären, das Muster des fordistischen Massenkonsums, etwa die PKW-Kultur, als solche in Frage zu stellen. Das wird aber sicherlich nicht auf einem derart unpolitischen Wege, gleichsam als technisches Nebenergebnis erreichbar sein, sondern nur in einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung, in der eben diesen ›Massen‹, d.h. der ›Menge der Vielen‹ (vgl. Hardt/Negri 2000 u. Wolf 2002b), die sich längst aus dem einfachen Konformismus der fordistischen Verhältnisse herauszubewegen begonnen haben²⁵, sinnvolle und ökologisch verantwortbare Alternativen zu den immer noch fortwirkenden grundlegenden Konsummustern des Fordismus (vgl. Wolf 1997) angeboten werden. Das wird aber nur auf Interesse stoßen können, wenn dies mit einem konkreten Eingehen auf deren vom Fordismus immer schon marginalisierten Bedürfnisse nach Selbsttätigkeit und Kreativität und auf deren mit den sich verändernden Arbeitsverhältnissen verknüpften neuen Bedürfnissen nach Teilhabe an der gesellschaftlichen Kommunikation und am sprunghaft ansteigenden verfügbaren gesellschaftlichen Wissen einher geht – wenn also die nicht unmittelbar auf der Steigerung von materiellem und energetischen inputs, outputs und throughputs (vgl. Altvater 1992) beruhenden Dimensionen menschlicher Erwerbstätigkeit bewusst entwickelt werden.

b. FeministInnen wird – unter dem Bild der ›Powerfrau‹, die alles und alle einfach beherrscht – das Versprechen gemacht, durch eine radikale Vermarktlichung aller Lebensverhältnisse alle patriarchalischen Fesseln und Normalisierungen ein für alle Mal beiseite zu räumen. Auch hier erscheint die Aufhebung der steuerlichen Privilegierung der (heterosexuellen) Ehe – in Verbindung mit der Abschaffung des ›Ernährerlohns‹ als ein befreiendes Wundermittel. Frauen, Lesben, aber auch Schwule und Queers erscheinen in dieser Perspektive als die Adressaten eines neoliberalen Befreiungsversprechens, dass jedeN als isoliertes Marktsubjekt, als Besitzer sei-

ner/ihrer selbst frei setzt. Dass Liebesbeziehungen immer auch eine nicht kommerziell kompatible Art von ›Zeitinvestition‹ oder sog. ›Beziehungsarbeit‹ erfordern, was für die allermeisten Menschen, die sich nicht aus eigenem Vermögen absichern können, eine Art von sozialer Sicherheit erfordert, wird anscheinend von jungen Powerfrauen, die dieses Versprechen für sich annehmen, ebenso verdrängt wie die noch viel weiter über die Grenzen einer täglichen flexiblen Selbstvermarktung hinausgehenden Anforderungen jedes Lebens mit Kindern. Zugleich kommt es unter dem Druck der neoliberalen Offensive aber auch unter den Trägern noch bestehender fordistischer Verhältnisse zu einem regressiven patriarchalischem Schub, der die mageren Errungenschaften der bisherigen frauenpolitischen Reformen einer immer noch unterschwellig fordistisch-patriarchalisch geprägten²⁶ Arbeitswelt aggressiv in Frage stellt²⁷. Das erschwert selbstverständlich jede Solidarisierung von FeministInnen mit Abwehrkämpfen zur Verteidigung fordistischer Errungenschaften der abhängigen Arbeit, etwa der Vollbeschäftigung²⁸ oder des Sozialstaates²⁹. Dennoch müssten sie nachvollziehen, dass die Verschärfung der Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten in Folge des Drucks der wieder anwachsenden ›industriellen Reservearmee‹ auf die abhängig Beschäftigten, den strategischen Faktor bildet, der auch für solidarische feministische Reformstrategien eine wichtige Erfolgsbedingung darstellt.

c. Libertären KritikerInnen des fordistischen Etatismus macht die neoliberale Gegenreform das durchaus solide Versprechen einer weitgehenden Entstaatlichung aller sozialen und ökonomischen Bereiche – ohne dies allerdings mit einem anderen Freiheitsversprechen als dem einer undiskriminierten Marktbeteiligung für alle zu verknüpfen.³⁰ Außerdem sieht dieselbe neoliberale Gegenreform durchaus einen starken und autoritären Staat vor – überall dort, wo es um die Sicherung des Eigentums geht – gegenüber anderen Nationalstaaten durch Militär, gegenüber der ›gefährlichen Masse‹ oder den ›gefährlichen Unterklassen‹ durch Polizei. Herrschaftsüberwindung ist ganz ausdrücklich nicht im neoliberalen Programm – vielmehr die Kassierung aller der von Aufklärung und Fortschrittsglauben in die Welt gesetzten ›Heilsversprechen‹ zugunsten eines stummen Sich-Schickens in die unerforschliche ›kulturelle Evolution‹ der Menschheit (Hayek). Das sollte jedenfalls denjenigen unter den libertären Kritikern des Sozialstaates dahingehend zu denken geben, die Freiheitlichkeit menschlicher Lebensverhältnisse nicht selber im Sinne eines ›possessiven Liberalismus‹ (MacPherson) als Freiheit der Privateigentümer vor staatlichen Eingriffen in ihr Eigentum misszuverstehen. Umgekehrt wird es gewiss auch nicht einfach werden, den kollektivistischen Selbstverständnissen einiger sozialer Bewegungen gegenüber unmissverständlich zu artikulieren und zu begründen, dass und warum der libertäre Anspruch auf individuelle Autonomie auch in solidarischen Strukturen der gemeinsamen sozialen Sicherung nicht übergangen werden darf. Die berühmte Formel des jungen Marx, der sich noch mit derartigen Zielabwägungsproblemen herumgeschlagen hat³¹, dass für alle die Freiheit des anderen zur Bedingung der eigenen Freiheit werden müsse, wies bereits in diese Richtung: In Strukturen einer solidarischen Sicherung vor den typischen Risiken der individuellen Lebensführung in modernen Gesellschaften liegt das Ziel aller gemeinsam zu entwickelnden Regulation darin, dass die volle Entwicklung der Handlungskompetenz aller anderen zur Bedingung einer voll entwickel-

ten eigenen Handlungskompetenz wird. Dies verweist nicht etwa auf das System von Kooperation auf der Grundlage der Konkurrenz, wie es von Adam Smith als das »natural system of liberty« herausgearbeitet worden ist, sondern auf ein System der Kooperation auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Entscheidungen³², für das schon Protagoras gegen die platonische Suche nach exklusiven Fachkompetenzen auf den charakteristischen Zug der Politentugenden hingewiesen hatte, dass alle daran interessiert seien, dass alle anderen sie ebenfalls maximal besäßen und nicht etwa daran, diese Kompetenzen »positional« für sich selber zu »monopolisieren«.

4. Vorbereitungen für eine neue Bifurkation

Die Konstellation des Fordismus, aus der ohnehin mit dem Übergang vom bipolaren Weltsystem des Kalten Krieges zum monopolen System (vgl. Matzner 2000) aller bisher von den USA versuchten »neuen Weltordnungen« eine tragende Dimension herausgebrochen war, ist längst nicht mehr nur in die Krise geraten, sondern irreversibel zerbrochen. Spätestens die »belle époque« der 1990er Jahre (vgl. Arrighi 2003, 6) funktionierte nicht mehr im Rahmen dieser Konstellation. Da aber, wie Brenner (1998, 2002) und Arrighi (2003) herausgearbeitet haben, diese »belle époque« keinswegs eine tragfähige Lösung der Widersprüche zur Grundlage hatte, an denen der Fordismus in seine von ihm nicht mehr zu bewältigende Krise geraten war, wird die inzwischen immer deutlicher einsetzende rezessive Wirtschaftsentwicklung zur Gelegenheit, eine erneute Bifurkation vorzubereiten und durchzusetzen. Es kann auch durchaus so weitergehen, mit einer immer wahrscheinlicher werdenden großen Katastrophe am Horizont, wie dies in der letzten vergleichbaren »belle époque« der Fall gewesen ist. Es kann auch rasch sehr viel schlimmer werden, wie dies der geopolitische und faschistoide Flügel der Neoliberalen projektieren.

Ohne sich auf den gegenwärtigen politischen Zustand der grünen und alternativen politischen Kräfte aus den 1970er und 1980er Jahren einzulassen, können wir doch immerhin umreißen, welche gesellschaftspolitischen Impulse eine reflektierte Wiederaufnahme der damaligen Reformalternative heute geben könnte, die Ende der 1980er Jahre unter dem Titel eines »neuen Gesellschaftsvertrags« bzw. eines »grünalternativen New Deals« diskutiert worden war.

Der wichtigste Impuls, der von grüner Politik ausgeht, kann immer noch darin bestehen, wieder in Erinnerung zu bringen, dass das Ziel der »nachhaltigen Entwicklung« auf nichts weniger verweist als eine erneute »große Transformation« (vgl. Lipietz 2000), welche die gesamte politische Ökologie der Menschheit erfassen und auf neue, ökologisch, sozial und ökonomisch verträgliche Grundlagen stellen muss. Das impliziert einerseits, dass niemand, auch nicht die verbliebene einzige Supermacht USA, ungestraft den eigenen Lebensstil oder auch die eigene Produktionsweise für »nicht verhandelbar« erklären kann. Ein spezifischer »Anti-imperialismus«, der die »Herrschaft des Gesetzes« der UN-Charta im internationalen Staatensystem durchsetzt und auch den USA keine Ausnahmerechte einräumt, ergibt sich daraus ebenso wie ein spezifischer Antikapitalismus, der die Funktionsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise nicht als vorgegebene »Sachzwänge« anerkennt, sondern nach ihrer politischen Veränderbarkeit fragt.

Ein weiterer Impuls der die relevanten Inhalte grüner Reformalternativen aus den 1980er Jahren heute erneuern könnte, bleibt eine Neubestimmung des gesellschaftspolitischen Leitgedankens der ›Vollbeschäftigung‹ (vgl. Wolf 1999), durch die sich in der tiefgreifend veränderten Welt der Erwerbsarbeit (vgl. Martens, Peters, Wolf 2001) unter den Druck von Massenerwerbslosigkeit und ›entgrenzter‹ Konkurrenz auseinandergetriebenen Fragmente der abhängigen Arbeit in einer gemeinsamen gesellschaftspolitischen Initiative wiederfinden können, ohne die ökologische und feministische Sensibilität für die mit dem fordistischen Konzept der Vollbeschäftigung der Familiernährer bei beständig wachsendem energetischen und materiellem Produktionsaufwand dabei zu verlieren. Sondern, ganz im Gegenteil die die ›gesellschaftliche Gesamtarbeit‹ (Möller 1998), die ›ganze Arbeit‹ dabei in den Blick zu nehmen, einschließlich der Arbeit mit der Natur (vgl. Biecker 2003) und die Geschlechterverhältnisse als eine unverzichtbare Dimension der Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung offensiv zu nutzen (vgl. Nickel 2003).

Einen dritten, unmittelbar auch sozialpolitisch relevanten Impuls finden wir in der Betonung der Bedeutung von Selbstorganisation, genossenschaftlichen Betätigungsformen, Formen des nichtkommerziellen Austausches und partizipativ demokratischer Kontrolle von unten: Gerade wenn darauf geachtet wird, derartige nicht unmittelbar auf marktvermittelten Herrschaftsverhältnissen beruhenden Beziehungen nicht bloß dort zu entfalten, wo Prozesse der ›Außer-Wert-Setzung‹ (bzw. der ›Informalisierung‹) lokaler Ökonomien bzw. betrieblicher oder sozialer Reproduktionszusammenhänge auf einer Art von spontanem Rückzug des Kapitals beruhen, sondern auch und gerade in Kernbereichen der weiterhin dynamischen Kapitalakkumulation (etwa in der Produktion verwertbarer kultureller ›Inhalte‹), dann kann hier strategisch dazu beigetragen werden, wieder ein gesellschaftspolitisches Kräfteverhältnis aufzubauen, das auch den neuen Formen der ›Herrschaft‹ der kapitalistischen Produktionsweise wirksame Grenzen zu setzen vermag. Und dass dann auch in neuer Weise an Punkte führen kann, wo diese Herrschaft gesellschaftspolitisch an ihr Ende gebracht werden kann.

Anmerkungen

- 1 Auch die faschistischen Entwicklungsmodell-Projekte als historische Alternative zum Fordismus hatten dies postuliert – indem sie zugleich einen offenen ›Barbarismus‹ gegen die ›weiche Bürgerlichkeit‹ propagierten. Die neuen Ansätze zur Kassierung aller Emanzipationsversprechen der Moderne kommen dagegen im Gewand des ökonomischen Sachzwanges daher.
- 2 Die Einbeziehung dieses weitreichenden Rationalisierungsprozesses ist notwendig, um etwa die Spezifik des bundesdeutschen Fordismus begreifen zu können, in dem die Investitionsgüterproduktion immer einen bedeutenden Anteil hatte, die nicht ›am Fließband‹ erfolgte.
- 3 Für die Angehörigen der jüngeren Generation, die diese Zeit nicht mehr erlebt haben: Es ging um ein optimales Zielerreichungsverhältnis zwischen den Zielen des Wirtschaftswachstums, der Vollbeschäftigung, der Geldwertstabilität und einer ausgeglichenen Handelsbilanz.
- 4 Der sich von dem des viktorianischen 19. Jahrhunderts, als dessen zentralen Repräsentanten auf dem Felde der Theorie wir rückblickend John Stuart Mill ausmachen können, dadurch unterschieden hat, dass er nicht mehr die Reformierbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise ganz allgemein zum Thema hatte, sondern sich auf den Fordismus als vorgegebenen Entwicklungsrahmen bezog. Inzwischen müsste es möglich sein, die zentralen intellektuellen Figuren dieses neuen Sozialliberalismus auszumachen – vielleicht können wir hierfür die US-amerikanischen und

- britischen ÖkonomInnen John Kenneth Galbraith und Joan Robinson, sowie den deutschen Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas ausmachen, die in spezifischer Weise die Spielräume innerhalb des fordistischen Entwicklungsmodells reflektiert haben, dessen ökonomische Leittheorie der Keynesianismus und dessen Rahmenphilosophie ein pragmatistisch dynamisiertes Systemdenken gewesen ist.
- 5 Als markante politische Vertreter können exemplarisch vor allem Sozialdemokraten wie Karl Schiller und Helmut Schmidt, Harold Wilson oder in den USA 'liberal democrats' wie Jimmy Carter genannt werden.
 - 6 Diese strategische Differenz wird in Schuis und Blankenburgs Darstellung (2002, 119f.) zu einer bloß taktischen heruntargestuft. Unbestritten bleibt, dass beide – der von Hayek konzipierte 'Neoliberalismus' ebenso wie der 'Ordoliberalismus' der Freiburger Schule – sich dem Fordismus im Namen einer »Ordnung der Freiheit« entgegengestellt haben, die als Kapitalismus pur ohne »Wirtschaftsstaat« auskommen sollte (ebd.).
 - 7 Das hat auf Bewegungsebene dazu beigetragen, dass neoliberale Abrissversuche fordistischer Strukturen z. T. als 'befreiend' erschienen – etwa die Zurückdrängung des Familienernährerlohnes oder die Zerschlagung der regionalen Monopole der mit dem Atomenergieprogrammen verknüpften Energieversorgungsunternehmen.
 - 8 Als 'älteren Sozialliberalismus' begreife ich diejenigen Strömungen, die theoretisch durch John Stuart Mill und politisch durch den Fabier-Sozialismus repräsentiert worden sind. Ob die neueren Anläufe zu einem 'Dritten Weg' (Giddens) bzw. zu einer Politik der 'neuen Mitte' (Hombach) bereits als ein 'neuester Sozialliberalismus' begriffen werden können, scheint mir mehr als fraglich, da sie es bisher nicht zu einer substanzuell vom neoliberalen *mainstream* abgrenzbaren Konzeption gebracht haben.
 - 9 Ich halte es für das plausibleste Interpretationsangebot, die lange Stagnationsperiode von 1973 bis 1993 (vgl. Brenner 1998 u. 2002, sowie Arrighi 2003, 7) als Bewegungsform der Krise des Fordismus zu interpretieren, dem es immer weniger gelang, seine unterschiedlichen Widersprüche so zu lösen, dass dadurch wieder die Grundvoraussetzung aller seiner Kompromisstrukturen erfüllt werden konnte: ein sich immer weiter beschleunigendes Wirtschaftswachstum. Das impliziert noch nicht, dass die *belle époque* der 1990er Jahre (vgl. Arrighi 2003) als Ausdruck eines neuen, postfordistischen Entwicklungsmodells zu interpretieren wäre – sie kann auch durchaus, wie die der 1890er Jahre, die dann bis zum ersten Weltkrieg nachwirkte, als Wirkungszusammenhang einer von vorneherein prekär angelegten Problemverschleppung interpretiert werden, welche dann in einem begrenzten Zeitraum zu einer weit schärferen Bereinigungskrise führen wird.
 - 10 Die erst der Fordismus historisch maximal, als Normalform des Alltags der abhängig Arbeitenden hat durchsetzen können.
 - 11 Der aber auch, wie Altwater (1971) gezeigt hatte, systemische Gründe hatte: Weil nämlich Militärausgaben zu der relativ kleinen Gruppe zusätzlicher Staatsausgaben gehörten, die als solche nicht zugleich auch noch die Probleme der Überakkumulation, wie sie allen Formen des Keynesianismus drohten (vgl. Brenner 2002/2003 u. Arrighi 2003) weiter verschärften.
 - 12 Zum Begriff vgl. Lipietz 2000
 - 13 Und nicht so sehr die Problematik der Teilnahme immer breiterer Volksschichten an dem über den Konsum vermittelten Wettbewerb um Statusdistinktionen, auf die sich inzwischen wieder eine jüngere Kulturkritik kapriziert, für die das Problem offenbar die Ausweitung des Kreises der Teilnehmenden über die klassischen Mittelschichten hinaus darstellt.
 - 14 Und zunächst keineswegs die geringer gewordene Kinderzahl oder auch die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung als solche.
 - 15 Spitzen derartiger Tendenzen lassen sich in großen Teile der vor allem angelsächsischen Intellektuellenbewegung der *deep ecology* oder in der Konzentration einer mittelschichtorientierten politischen Ökologie auf das 'Bevölkerungsproblem' (der anderen Schichten und Völker) ausmachen.
 - 16 Die Faszination durch entsprechende Thesen und Philosopheme Heideggers findet sich zwar in der 'grünen Philosophie' einiger Intellektueller, nicht aber in der zunächst bewegungsgebundenen und dann vor allem parlamentarisch bestimmten grünen Politik.
 - 17 Der eigene Beitrag der Unzulänglichkeiten und strategischen Mängel der grünen Linken zu diesem machtpragmatischen Siegeszug war sicherlich durchaus beträchtlich; eine Verhinderung der machtpragmatischen Integration wäre allerdings mit der Form der parlamentarischen Partei und

- ihrer Funktionsdynamik völlig unvereinbar gewesen. Ein erreichbares Ziel hätte sein können, eine linke Machtpragmatik anstelle einer sozialliberal geprägten durchzusetzen. Zielorientierte Überlegungen in diese Richtung setzten aber zu spät ein und blieben letztlich wirkungslos.
- 18 Gegenüber meiner älteren These (Wolf 1999), dass die neoliberale Offensive als eine paradoxe Erfüllung durchaus wichtiger Forderungen der neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre ansetzte, würde ich heute betonen, dass sie auch den fordistischen Kerngruppen und sogar den VerliererInnen der Krise des Fordismus in der Dimension von Leistungsideologie und Nationalismus durchaus interessante Einbindungsangebote gemacht hat.
 - 19 Es wäre eine durchaus lohnende Aufgabe, eine differenzierte Prozessbilanz grüner Gesellschaftspolitik zu ziehen, die deren einseitige Besetzung durch die VertreterInnen eines Anpassungskurses an die neoliberale Demontage des Sozialstaates korrigiert – in einer Situation, in der die fordismuskritische Phase grüner Politik in ähnlicher Weise erledigt hat, wie dies mit der gegen die Konstellation des Kalten Krieges gerichteten grünen Außenpolitik in den 1990er Jahren geschah (vgl. Volmer 1998).
 - 20 Dieses Motiv wird ganz besondere von der explizit neoliberal argumentierenden Neuen Rechten (Schul/Blankenburg 2002, 161ff.) artikuliert, findet sich aber auch in allen anderen politischen Familien – trotz der erwiesenermaßen selbstgeschaffenen Probleme aller Exportweltmeister (vgl. Brügggen/Peine 2000).
 - 21 Dass in Deutschland, dessen kompetitive Vorteile besonders im Bereich der Investitionsgüterindustrie lagen, der nicht im Zentrum des fordistischen Entwicklungsmodells gelegen hatte und auch in der neuen Konstellation keinem tiefgreifenden Umbruch der Produktionsmethoden unterlag (außer einer schleichenden Modulisierung und Informatisierung), ein breites Spektrum auch der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Kräften sich lange in der Illusion wiegen konnten, es hätte sich kein grundlegender Umbruch gegenüber den 1970er Jahren ereignet, während die deutschen 'global players' nicht so dringend auf einen raschen Umbau der deutschen Verhältnisse angewiesen waren, war die Grundlage der 'Kohlonomics', aber auch der inzwischen strukturalisierten Krise der deutschen Volkswirtschaft, der mangels einer fortgesetzten sozialstaatlichen Globalsteuerung zunehmend sowohl die Vollbeschäftigung als auch die Binnennachfrage verloren ging. Das rechtfertigt jedoch keineswegs die Schlussfolgerung, jetzt sei die Entwicklung derart weit den neoliberalen Pfad hinab gegangen, dass es nun wirklich «keine Alternative» mehr gebe – nur sieht eine jetzt durchzusetzende Bifurkation eben anders aus, als sie 1973, 1982 oder 1989 hätte aussehen können.
 - 22 Unter der Kategorie des 'fordistischen Radikalismus' begreife ich diejenigen, sich als sozialistisch und kommunistisch begreifenden Kräfte, welche immer noch versuchen, aus einer Radikalisierung der fordistischen Widersprüche den Ansatz für einen sozialistischen Übergang zu finden, ohne zu merken, dass der 'real existierende Kapitalismus' bereits anders funktioniert.
 - 23 Wenn ich hier den Versuch mache, einfache Grundstrukturen herauszuarbeiten, greife ich damit auf eine Vielfalt von Diskussionsbeiträgen zurück, die im einzelnen darzustellen oder auch nur alle zu erwähnen, den Rahmen dieser Darstellung vollständig sprengen würde.
 - 24 Gemäß dem einfachen Modell eines 'Gleichgewichtsmarktes', auf dem für jedes quantitative Verhältnis von Angebot und Nachfrage ein 'Gleichgewichtspreis' existiert, zu dem der Markt geräumt wird. Diese Modell vernachlässigt souverän den Aspekt des Arbeitsmarktes, der darin liegt, den Verkäufern ihrer Arbeitskraft eine unverkürzte Reproduktion ihres Arbeitsvermögens zu ermöglichen. »Sollen sie doch Kuchen essen, wenn sie kein Brot haben«, wie Marie Antoinette so treffend bemerkte.
 - 25 Wobei sie allerdings zuerst offenbar leichte Beute der Marketingstrategien des 'Branding' geworden sind, denen gegenüber sich inzwischen spezifische Emanzipationsstrategien entwickelt haben (vgl. Klein 1999).
 - 26 Als sicherster Indikator kann die immer noch signifikante Differenz zwischen Männerlöhnen und Frauenlöhnen gelten.
 - 27 Die aus den USA herüberschwappende 'neue Männerbewegung' scheint inzwischen wieder von dem offenen 'Machismo' auch der offiziellen Politik der USA eingeholt worden zu sein und damit an Attraktivität verloren zu haben.
 - 28 Die eben historisch als Vollbeschäftigung der Familienernährer angelegt war. Gegen das von neoliberalen oder resignativen Kritikern des Vollbeschäftigungsziels immer wieder gerne verwendete

- 'Argument', dass Vollbeschäftigung auf eine gar nicht wünschenswerte 'Vollzeitbeschäftigung' (u.a. mit der Konsequenz einer durchgehenden Kommerzialisierung aller Lebensverhältnisse, aufgrund einer Monetarisierung der bisher unbezahlten 'weiblichen' Arbeiten) hinauslaufe, ist schlicht entgegenzuhalten, das 'Samstags gehört Vati mir!' eine klassisch fordristische Reformforderung gewesen ist. M.a. W. steht jede Politik der Vollbeschäftigung unter der Prämisse einer entsprechenden Arbeitszeitpolitik, durch die der Nutzung des Arbeitsvermögens spezifisch wirksame Grenzen zu setzen sind. Dass dies innerhalb einer zunehmend entgrenzten Arbeitswelt, in der neue Formen des Stücklohnes eine zunehmende Rolle spielen, schwieriger geworden ist, hebt deswegen diese Regulationsaufgabe noch keineswegs auf.
- 29 Dessen patriarchalische Seite weit über das Konzept des Familienernährerlohns hinaus reicht, über die Berechnung von Anrechten fast allein aufgrund bisheriger 'sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit', bis in die Einzelheiten der Sozialhilfevergabe. Ihn einzersits wieder stärker durch 'die Familie' ersetzen zu wollen, wie dies konservative Kräfte fordern, führt zu einer unbestreitbaren Mehrbelastung von Frauen als den hauptsächlichlichen Trägerinnen aller 'Familienarbeit'; andererseits würde eine Vermarktigung – etwa im Sinne einer Privatversicherung oder Rücklagenbildung – die bestehenden ökonomischen Ungleichheiten noch weiter verstärken – auch die zwischen Männern und Frauen.
- 30 Nicht einmal das freie und gleiche Wahlrecht für alle in politischen Fragen ist Bestandteil des neoliberalen Versprechens.
- 31 Dass er sich später auf andere, schwierigere Fragen des Begreifens der historischen Wirklichkeit und ihrer Dynamik konzentriert hat, bedeutet nicht, dass derartige Fragen der Zielabwägung für ihn irrelevant oder gar 'idealistisch' u.d.h. illegitim geworden wären: Er konnte einfach nicht vorhersehen, zu welchem Grad von erklärtem Zynismus die Herrschenden auch in ihren Diskursen fähig sein würden – so dass dagegen auch wieder ein Einklagen ziemlich elementarer moralischer Gesichtspunkte notwendig werden würde, wie sie kein viktorianischer 'gentleman' diskursiv bestritten hätte.
- 32 Dessen Problematik sowohl in den Diskussionen über einen sog. Marktsozialismus (Diane Elson, Hilary Wainwright, vgl. zusammenfassen Creydt 2001) als auch über die sog. 'freie Kooperation' (Spehr u.a. 2003) inzwischen recht weit entfaltet vorliegt, ohne dass dies in der linken Debatte in Deutschland entsprechend zur Kenntnis genommen worden wäre.

Literatur

- Altvater, Elmar (1971): Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus, Prokla, Nr. 3
- Altvater, Elmar (1987): Sachzwang Weltmarkt, Münster
- Ders. (1992): Der Preis des Wohlstands, Hamburg
- Arrighi, Giovanni (2003): Tracking Global Turbulence, New Left Review II, No. 20
- Biesecker, Adelheid (2003): Arbeit und Ökologie - Thesen, in: Scholz, Glawe, Martens, Peter, Wolf, hg., Arbeit in der neuen Zeit, Münster (in Vorb.)
- Bischoff, Joachim/Steinitz, Klaus (Hg., 2003): Linke Wirtschaftspolitik: Bilanz, Widersprüche, Perspektiven, Hamburg
- Brenner, Robert (1998): The Economics of Global Turbulence, New Left Review, No.
- Ders. (2002): The Boom and the Bubble, London (dt., Hamburg 2003)
- Brüggen, Willi/Peine, Elmar (2000): Die Exportweltmeister und ihre Pyrrhussiege, Widerspruch, Zürich Nr. 38
- Carson, Rachel (1962): Silent Spring, Greenwich, Conn.
- Creydt, Meinhard (2001): Partizipatorische Planung und Sozialisierung des Marktes. Aktuelle Modelle in der angelsächsischen Diskussion, Widerspruch, Nr. 40, 97ff.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2000): Empire. Cambridge, Mass./London
- Heinrich, Michael (2000): Die Wissenschaft vom Wert, Münster
- Hickel, Rudolf/Kisker, Klaus Peter/Mattfeldt, Harald/Troost, Axel (Hg., 2000): Politik des Kapitals – heute (Huffschmid-Festschrift), Hamburg
- Klein, Naomi (1999): No logo!, New York
- Lipietz, Alain (2000): Die große Transformation des 21. Jahrhunderts, Münster
- Martens, Helmut/Peter, Gerd/Wolf, Frieder Otto (Hg., 2001): Zwischen Selbstbestimmung

- und Selbstausbeutung, Frankfurt a.M./New York
- Martinez Alier, Joan (1987): *Ecological Economics*, Oxford
- Matzner, Egon (2000): *Monopolare Weltordnung*, Marburg
- Meadows, Dennis L. u.a. (1972): *Die Grenzen des Wachstums*. Stuttgart
- Möller, Carola (1998): Die gesellschaftliche Gesamtarbeit neu gestalten, *Das Argument*, Nr. 226
- Nickel, Hildegard Maria (2003): Arbeit und Geschlecht: Problemaufriss, in: Scholz, Glawe, Martens, Peter, Wolf, hg., *Arbeit in der neuen Zeit*, Münster (in Vorb.)
- Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie (2002): *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis*, Hamburg
- Spehr, Christoph u.a. (2003): *Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation*, Berlin
- Volmer, Ludger (1998): *Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis*, Münster
- Wolf, Frieder Otto (1991): Warum ist die Durchsetzung eines alternativen Konsummodells so wichtig – und so schwierig?, *spw*, Nr. 58
- Ders. (1999): *Vollbeschäftigung neu bestimmen!*, Bonn
- Ders. (2002a): *Radikale Philosophie: Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit*, Münster
- Ders. (2002b): *Empire und die Linke, Widerspruch*, Nr. 43